

...gärtel sind
is 1. März
...zu ver
...daher
...ungefähr
...32.
...polizeibehör
...admittags
...stunde
...nd sein.
...1932.
...trat: Schö
...ne.
...ch (sunt).
...nummer:
...itl; 6.45
...ehend Gr
...30, 19.30
...5 Raunen
...ert; 14.45
...rauennach
...ortrag über
...21 Dram
...len; 22.45
...endstunde;
...lands In
...uerschnitt;
...15.30 Ju
...eit und P
...0 Rammer
...eneration;
...bllicher Be
...ert; 21.30
...2.50 Lang
...ant; 15.15
...Rundfunk
...Sprachunter
...5 Konzerte;
...milde
...ant
...pässlich
...mal täglich
...beihorz;
...meckende
...Nerven-K
...hervorragend
...igungsmitte
...Blutarmut
...und Schw
...er Art. Ph
...rote Flasch
...TENL
...ed. Rundfunk
...onum
...Programme
...Rundfunk - 2
...en Sie sofort
...ANKFURT AM
...herstraße 20/21
...5
...rfe
...nmann
...al an
...ist er
...diese
...alität
...verkleinert
...am Februa

Hochheimer Stadtanzeiger

Flener

Amthliches Organ

d. Stadt Hochheim



Verleger: Dienstadt, Donnerstag, Samstag (mit Illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortlich Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hochheim, Telefon 66, Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 28, Telefon 67.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärtig 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.- RM. Postkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Donnerstag, den 18. Februar 1932

9. Jahrgang

Um Brüning's Schicksal.

Mittrauensanträge im Reichstage. — Regierung wünscht klare Entscheidung.
Berlin, 18. Februar.
Zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten einen Mittrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen. Die Kommunisten haben bereits einen Mittrauensantrag gegen das Reichskabinett und einen gegen den Minister Groener eingebracht. Der Reichstag des Reichstages, der für Montag einberufen wird, wird sich mit der Frage zu beschäftigen, ob diese Mittrauensanträge mit der Beratung über den Termin für die Reichspräsidentenwahl, der vorläufig als einziger Punkt der Tagesordnung der ersten Reichstagsitzung am Montag steht, verbunden werden sollen.

Da die Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen lautet, selbst den Wunsch hat, schon aus außenpolitischen Gründen eine klare Entscheidung herbeizuführen, so rechnet man damit, daß die Beratung über den Vorschlag der Reichsregierung zur Festlegung des Termins der Präsidentenwahl zu einer großen Aussprache über die gesamte Politik der Reichsregierung in den vergangenen Monaten ausfallen wird, an der sich dann mehrere Redner jeder Partei beteiligen, die also drei bis vier Tage in Anspruch nehmen dürfte. Nach Abschluß dieser Aussprache würde man nicht nur über den Termin für die Präsidentenwahl, sondern auch über die Mittrauensanträge und damit über das Schicksal des Kabinetts Brüning entschieden werden.

In diesem Sinne dürfte sich der Reichstag am Montag aussprechen. Wie weiter verläuft, ist bisher nicht absehbar, daß die große politische Aussprache etwa durch eine Darlegung des Reichskanzlers eingeleitet wird, es ist vielmehr beabsichtigt, daß nur Reichsinnenminister Groener zu Beginn der Sitzung das Wort nimmt, um den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning hält sich jedoch zurück und greift in die Debatte nicht ein.

Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie in mehrmalen, im Wesentlichen von der Haltung des Reichstages, des Landvolks und der Wirtschaft abhängen. Diese drei Faktoren werden ihren Einfluß wahrscheinlich wieder zum letzten Augenblick zurückhalten.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Aufruf der Zentrumspartei.

Berlin, 18. Februar.

Die Deutsche Zentrumspartei erteilt einen von dem Vorsitzenden Dr. Kaas gezeichneten Aufruf an ihre Anhänger, bei der bevorstehenden Präsidentenwahl für Hindenburg zu stimmen. Es heißt am Schluß der Indebung: Aufstieg oder Niedergang, Friede oder Kampf, Aufbau oder Zerstörung hängt ab von der Führerschaft und Charakterstärke, der geistigen und sittlichen Höhe, der Ausgeglichenheit und Unparteilichkeit des Mannes, in dessen Hand in dieser beklemmenden ersten Stunde die Weisung der deutschen Geschichte gelegt wird. Unsere Wahl ist getroffen. Sie ist auf den Würdigsten, den eine deutsche Mutter für diese Notzeit geboren hat. Deutschlands Wiederaufstieg ist mit dem Namen Hindenburg verknüpft. Er ist uns Inbegriff deutscher Volkstugend und deutscher Einigkeit, der Bärge einer glänzenden Zukunft. Sein Sieg wird Deutschlands Sieg sein!

Die Stellungnahme des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund veröffentlicht ein Schreiben, in dem der Vorsitzende, Graf Kalkreuth, an die Führer der Reichsopposition gerichtet hat. In diesem Schreiben wird mitgeteilt, daß der Reichslandbund gegen die Kandidatur Hindenburg ist. Graf Kalkreuth sagt in diesem Brief u. a.: Rückfragen auf Hindenburg, etwa aus seiner Vorkriegsmitgliedschaft im Reichslandbunde oder seinen früheren historischen Leistungen als Führer im Weltkrieg, können nicht mich von der Feststellung entbinden, daß die Wahl Hindenburgs im Jahre 1925 nicht die von seinen damaligen Wählern erstrebte Wendung in der Führung des deutschen Staates gebracht hat, sondern im Gegenteil sich als Folge des von uns als schädlich festzustellenden gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Zustandes in Deutschland ausgewirkt hat. Der Schreiber erklärt:

Der Reichslandbund muß daher infolge der durch den Abschluß des Feldmarschalls geschaffene Lage seine Wiederwahl ablehnen, unabhängig von der noch zu erwartenden Wahl der Kandidatenfrage durch die nationale Opposition. Der Reichslandbund kämpft für die Befreiung des Reichs von der Beherrschung durch die verhängnisvollen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen nationalen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.

Die französische Regierungstrife

Schwierige Kabinettsbildung. — Paul Boncour kommender Mann? — Die Rückwirkungen auf Genf.
Paris, 18. Februar.

Die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Kabinetts anstelle des vom Senat gestürzten Kabinetts Laval gestalten sich sehr schwierig. Der Präsident der Republik, Doumer, hat bereits die Führer der Parlamentsfraktionen empfangen. Obgleich über den Gang der Verhandlungen Stillschweigen bewahrt wird, heißt es doch, daß noch viele Fragen ungeklärt seien.

Die größte Schwierigkeit liegt darin, daß der Senat — das Oberhaus des Parlaments — eine linksgerichtete Mehrheit hat und demnach eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach links hin wünscht, während die Abgeordnetenkammer, die eine Rechtsmehrheit hat, fest entschlossen zu sein scheint, an dem bisherigen Zustand, bzw. dem nationalen Block festzuhalten. In politischen Kreisen wird vielfach bereits der Gedanke erörtert, daß es vielleicht notwendig sein werde, die Kammer aufzulösen und beschleunigte Neuwahlen anzusetzen. Im übrigen spricht man von einer Kombination Paul Boncour-Tardieu. Andererseits werden aber auch Senatoren, wie Barthou oder Chéron, als geeignete Persönlichkeiten für die Kabinettsbildung genannt.

Der Grund zum Sturz des Kabinetts Laval war bekanntlich rein innerpolitischer Natur, so daß außenpolitische Rückwirkungen sich aus dem Regierungswechsel nicht ergeben werden.

Paul Boncour Nachfolger Laval's?

In fast allen Pariser Blättern, ganz unabhängig von der politischen Richtung, spricht man von einem kommenden Kabinett Paul Boncour, das geeignet sei, sowohl im Senat wie auch in der Kammer eine Mehrheit zu finden. Voraussetzung ist allerdings, daß Tardieu als Kriegsminister beibehalten wird.

Tardieu soll Paul Boncour bereits seine volle Unterstützung zugesagt haben. Paul Boncour ist, wie noch erinnert, erst vor kurzem aus der sozialistischen Partei ausgestiegen, nachdem er in den Senat gewählt worden war. Er ist ein absolut nationalstisch und militaristisch eingestellter Politiker.

Tardieu reist nach Paris.

Genf, 18. Februar.

Der Führer der französischen Abordnung, Kriegsminister Tardieu und der Kolonialminister Reynaud verließen am Mittwoch Genf, um an den Pariser Beratungen über die Neubildung des Kabinetts teilzunehmen. Die Führung der französischen Abordnung hat Paul Boncour übernommen.

Im Hinblick auf den Rücktritt des Kabinetts Laval ist die ursprüngliche Absicht einer Erwidrerung der bevorstehenden Rede des Völksherrn Adolphe durch Paul Boncour aufgegeben worden. Die Franzosen werden zu den deutschen Abstimmungsvorschlägen erst nach dem Abschluß der Pariser Kabinettsbildung amtlich Stellung nehmen.

Brefestimmen.

Paris, 18. Februar.

Der Sturz des Kabinetts Laval steht im Vordergrund des Interesses der großen Pariser Blätter.

Die Rechtsblätter sprechen von einem meuchterischen Dolchstoß der Opposition und unterstreichen besonders die Gefährdung der französischen Stellung auf der Genfer Abrüstungskonferenz. Die Linkspresse begrüßt dagegen die Ereignisse und macht den Abg. Mandel und seine Wahlreform dafür verantwortlich. Laval und sein Kabinett werden als die ersten Opfer dieses Reformvorschlages bezeichnet.

Das „Echo de Paris“ und das „Journal“ machen dem Senat die bittersten Vorwürfe, in einem Augenblick, wo viele Interessen Frankreichs auf dem Spiele stünden, innenpolitischen Fragen den Vorrang vor den viel wichtigeren außenpolitischen Ereignissen gegeben zu haben. Die radikale „Ere Nouvelle“ macht schon jetzt Front gegen den etwaigen Versuch einer nationalen Einigung, der nach dem „Skandal“ der Wahlreform von vornherein zum Scheitern verurteilt werden müsse. Auch Le on Blum gibt im „Populaire“ seiner Freude über den Sturz der Regierung Ausdruck, mit dem gleichfalls die Wahlreform der Kammer gefallen sei.

In der Hauptausprache in der Abrüstungskonferenz forderte der österreichische Vertreter Gleichheit an Recht und Sicherheit. Der Standpunkt des rumänischen Außenministers war die französisch-polnische Sicherheitshefe.

Der Präsident der französischen Republik hat keine Besprechungen mit den führenden Parlamentariern aufgenommen, um die Krise baldmöglichst zu beenden. Man spricht von einer Kombination Paul Boncour-Tardieu.

Am Mittwoch fand unter Vorsitz Macdonalds eine Sitzung des englischen Kabinetts statt, in der die Lage im Fernen Osten sowie die Völkerverbündnisse erörtert wurden.

Die Wirtschaftslage

Ein amerikanischer Wirtschaftsplan. — 50 Millionen Mark für Notstandsarbeiten. — Umwandlung der Hauszinssteuer? — Wiedereröffnung der Börsen. — Hapag und Lloyd.

Präsident Hoover setzt sich mit der ihm eigenen Energie für einen Plan ein, der die Deflation — also die Knappheit an Kapital — in Amerika überwinden soll. Da die deutsche Wirtschaft unter den gleichen Krankheitserscheinungen — aber noch in weit größerem Ausmaß — leidet, ist es selbstverständlich, daß man die Entwicklung in Amerika bei uns mit dem allergrößten Interesse verfolgt. Dabei fällt dem deutschen Beobachter sofort eines auf: die verblüffende Ähnlichkeit des amerikanischen Projektes an den Plan, den der Direktor des Statistischen Reichsamtes, Professor Wagemann, vor einigen Wochen veröffentlicht und für Deutschland empfohlen hat. Die Hauptgesichtspunkte dieses Planes, nämlich die teilweise Deduktion des Notenumlaufs durch Schuldverschreibungen statt durch Gold, und die damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen zur Aufstauung der eingefrorenen Kredite, bilden auch in der amerikanischen Aktion wichtige Stützpunkte. So haben im Börsenverkehr die deutschen Aktienwerte eine sehr erhebliche Erhöhung erfahren, weil man an die Verwirklichung des amerikanischen Planes Hoffnungen bezüglich einer Beendigung der Weltdeflation und damit auch Rückwirkungen auf die Anhebung der Weltwirtschaft erwartet. Im Rahmen dieser Entwicklung würde Deutschland eine große Rolle spielen, da ihm dann ohne Gefahr für die Währung die Möglichkeit zu einer freien Kreditpolitik gegeben wäre, die ja die Voraussetzung für eine Belebung der Produktion, des Handels und des Gewerbes wäre. Da die Amerikaner in derlei Dingen rasch vorgehen, wird sich ja bald zeigen, ob ihre Erfahrungen zur Nachahmung reizen.

Inzwischen hört man, daß das Reich angeregt hat, einen Betrag von 50 Millionen Mark für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Mit den Ländern sind Verhandlungen wegen einer Beteiligung an der Finanzierung eingeleitet worden. Aber es ist jetzt nicht damit zu rechnen, daß die Länder bei ihrer eigenen Anpassung größere Mittel dafür bereit stellen können. Den größten Betrag wird die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu leisten haben. Die bedeutsamsten Arbeiten, die mit diesen Mitteln durchgeführt werden sollen, betreffen die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Augsburg—Ulm—Stuttgart, ferner den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Osterburken—Rottweil, den Bau der Saldenbach-Talsperre bei Chemnitz, des Rügenbammes, der Staustufe der Rhein-Main-Donau A.G. bei Erbrunn, der Redar-Kanalisierung, der Oberaltsperrre, der Harz-Wasserwerke bei Osterode.

Eine andere Art der „Anhebung“ der Wirtschaft wird von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen: Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Renten-schuld, mit deren Hilfe öffentliche Arbeiten, vorab der Kleinwohnungsbau, finanziert werden sollen. Das Projekt ist nicht neu, man hat es in dieser oder doch ähnlicher Form schon früher gehört. Aber es fragt sich eben, ob man an der Hauszinssteuer jetzt überhaupt noch herumdoktern soll, statt einfach zu sagen: „Werst das Scheusal in die Wollfchlucht!“

Der preussische Handelsminister, dem die beiden größten deutschen Börsen, Berlin und Frankfurt, unterstehen, hat jetzt dem Drängen der Wirtschaftskreise nachgegeben und eine Wiedereröffnung der Börsen gestattet. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß sich auch die anderen Länderregierungen diesem Vorgehen anschließen werden. Ein voller Börsenbetrieb ist allerdings noch nicht beabsichtigt, anscheinend u. meiste gewisse Periode des Ueberganges zu schaffen, da sich selbstverständlich eine achtmonatige Börsenschließung nicht von einem zum anderen Tage in normale Verhältnisse umwandeln läßt. Vorerst wird also von amtlichen Kurseinstellungen abgesehen, die Börse wird sich als Freiverkehrsbörse konstituieren, wobei gleichzeitig das Verbot der Veröffentlichung der Effektenkurse bestehen bleibt. Der Freiverkehr als Uebergangszustand zum amtlichen Verkehr wird nun in den nächsten Tagen zu beweisen haben, daß sich die Börse mit den Notwendigkeiten, die auch die augenblickliche handelspolitische Lage Deutschlands noch erfordert, abzufinden weiß, denn es kann kein Zweifel bestehen, daß die Zulassung des Börsenverkehrs in dem Augenblick wieder annuliert werden müßte, wenn sich daraus wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben sollten. Als günstiges Moment für die Wiedereröffnung der Börsen kann man auch die Entlastung bewerten, die auf dem Devisenmarkt mit den letzten Tagen eingetreten ist, die ursächlich natürlich mit den verschärften Zuteilungsmahnahmen der Reichsbank zusammenhängt.

Es war schon lange ein offenes Geheimnis, daß der Interessengemeinschaftsvertrag zwischen der Hamburg-Amerika-Paketschiff A.G. (Hapag) und dem Norddeutschen Lloyd, Bremen, Gegenstand ernstlicher Reibereien zwischen den beiden Trägern der deutschen Großschiffahrt gewesen ist und daß man es bisher noch

(Berita) Solat

Aus der Umgegend

Ein „fetter“ Konkurs. — 300 000 Mark Schulden.
600 Mark Masse.

Die Niederlassung. Das Konkursverfahren der Niederlassung hat dieser Tage sein überraschendes Ende gefunden. Der Konkursverwalter hat, nachdem die Masse nur etwa 600 Mark beträgt, gegenüber 300 000 Mark Schulden, die nicht gedeckt werden können, die Einstellung des Verfahrens mangels Masse beantragt. Die Abnehmer der Fabrik befinden sich in Wiesbaden. Es ist zu erwarten, daß gegen die Firmeninhaber ein Prozeß wegen betrügerischen Bankrotts anhängig gemacht wird.

„Die schwarze Maske“.

Marburg. Der Polizei gelang es, eine Diebes- und Erpresserbande festzunehmen. Ingesamt wurden bisher 11 Personen festgenommen, die aber nach ihrer Vernehmung bis auf den Bandenführer, den Lehrling K. in Wehrda, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Vor einigen Tagen erhielt ein Marburger Geschäftsmann einen Brief mit Aufforderung, abends 11 Uhr, auf dem Verbindungsweg Cölbe-Wehrda 500 Mark abzuliefern. Dieser Aufforderung kam der Geschäftsmann aber nicht nach und erhielt stattdessen einen zweiten Brief, in dem auf die Folgen hingewiesen wurde, die daraus entstehen würden, wenn er das Geld nicht abliefere. Die Ermittlungen ergaben nun, daß mehrere junge Leute einen „Geheimbund“ unter dem Namen „Schwarze Maske“ gegründet hätten und nun versuchten, auf Kosten der Geschäftsmänner Geld zu bekommen. Der Führer dieses Geheimbundes war der 18-jährige Lehrling K., wohnhaft in Wehrda, der mit zwei Freunden einer Heberlei auf einen anderen Marburger Geschäftsmann geplant hatte. K. war im Besitz eines Revolvers, zwei andere Mitglieder waren im Besitz von Scheintopfpistolen.

Frankfurt a. M. (Die Milchpreisenkung.) Die Arbeitsgemeinschaft des Milchhandels hat beschlossen, die vom Preis-Unterkommissar vorgeschlagene Milchpreisenkung ab 17. Februar anzuerkennen. In Frankfurt, Offenbach, Ludwigshafen, Darmstadt und Mainz beträgt der Preis 26 Pfennig, in Hanau und Offenbach a. M. ab 21. Februar 24 Pfennig. Der Milchhändler hat ein Pfennig Milchmehl und Molke zu 0,5 Pfennig zu tragen. Die Landwirtschaft darf von der Preislenkung nicht betroffen werden. Zuwiderhandlungen werden entschieden zurückgewiesen und haben eventuelle Schließung der Betriebe zur Folge.

Frankfurt a. M.-Höchst. (Bestrafter Posträuber.) Das erweiterte Schöffengericht in Höchst verurteilte den 30-jährigen Postausheber Hermann Schleicher wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu der gesetzlichen Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und einer Geldstrafe von 100 Mark. Drei Monate der Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. Der Angeklagte war Ausheber bei der Postagentur Marzheim im Taunus und begann kurze Zeit, nachdem er im Juli v. J. durch Handschlag dienstlich verhaftet worden war, einzelne Postsendungen ihres Inhaltes zu berauben. Hierbei hat er u. a. einem Postpaket eine Uhr entnommen und dafür einen falschen Kieselstein eingepackt. Außerdem fälschte er Postumschläge und nahm in den amtlichen Listen Falschbuchungen vor. Im ganzen veruntreute er Waren und Geld in einer Höhe von ca. 150 Mark.

Melsungen. (Ein Lastzug verunglückt.) Auf der Fahrt von Stuttgart nach Braunschweig ist ein Fernlastzug in unmittelbarer Nähe des Bahnwärterhäuschens der Strecke Malsfeld-Spangenberg verunglückt. Der Lastwagen stürzte eine 1,5 m hohe Böschung hinab und blieb schwer beschädigt liegen. Der Führer und der Beifahrer haben erhebliche Kopfverletzungen und Rippenverletzungen davongetragen und mußten in das Melsunger Krankenhaus übergeführt werden.

Sontra. (Milde Strafe für unerhörte Tierquälerei.) Eine unbegreifliche Rohheit begingen zwei Arbeiter, die auf dem Felde mit Pflügen beschäftigt waren. Als eines der Pferde nicht mehr ziehen wollte, spannten sie das eine Pferd vor das Tier und befestigten den Zugstrick an der Zunge des Pferdes. Als sich beim Anziehen das Pferd ausbaunte, wurde ihm dabei die Zunge aus dem Hals gerissen. Das Pferd mußte sofort getötet werden. Vor Gericht wurden jetzt die Tierquäler wegen ihrer rohen Tat zu der gelinden Strafe von einem Monat Haft verurteilt.

Kassel. (Die feindlichen Brüder.) Zwischen den Brüdern Jäger in Unterschauen kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der jüngere der beiden eine Eisenkugel ergriff und dem älteren Bruder zweimal über den Kopf schlug. Der Verletzte brach bewußlos zusammen. Der herbeigekommene Arzt stellte fest, daß die Schädeldecke zertrümmert war und ordnete die sofortige Überführung des Verletzten in ein Kasseler Krankenhaus an. Trotz sofortiger Operation ist der Zustand des Mannes sehr bedenklich.

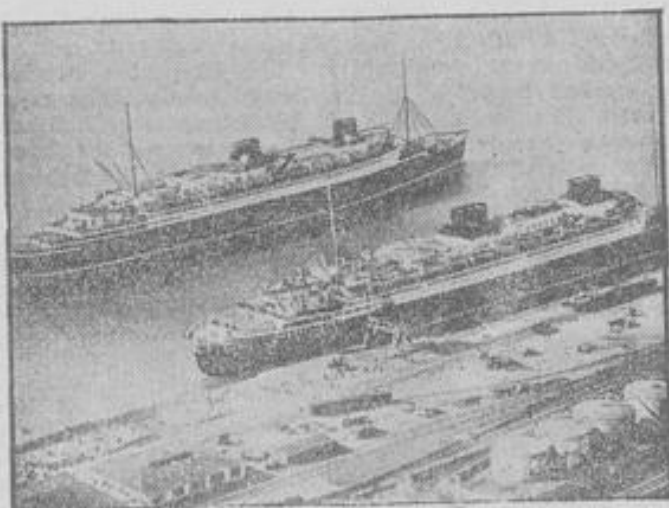
Das Befinden Busters sehr ernst.

Darmstadt. Nach einer Mitteilung des Herz-Jesu-Hospitals ist Buster operiert worden. Die Knochensplitter wurden entfernt, die Kugel steckt jedoch noch im Rücken. Das Befinden des Verletzten ist sehr ernst, es besteht Lebensgefahr.

Das Mainzer Versorgungsamt ist zuständig.

Mainz. In Verfolg des Erlasses des Reichsarbeitsministers über die Zusammenlegung der Versorgungsämter wird ab 1. April die Zusammenlegung der Versorgungsämter und der Stellen, die die Ruhegelder und Hinterbliebenengelder erledigten, für das Gebiet des Freistaates Hessen und der preussischen Provinz Hessen-Nassau beim Versorgungsamt Mainz zusammengezogen. Das Versorgungsamt Mainz wird also demnach die Angelegenheiten für den Volksstaat Hessen und die preussische Provinz Hessen-Nassau mit übernehmen.

Darmstadt. (Tagung des Hessischen Landgemeindetages.) Der Hessische Landgemeindetag hält am Samstag, den 27. Februar vormittags 10 Uhr im Saal des Hotels Roffhäuser in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Vertreterversammlung ab, in der Landrat a. D. Dr. Dr. Gercke-Berlin, der Präsident des Deutschen Landgemeindetages über „Die Finanznot der Gemeinden“ referieren wird.



75 Jahre Norddeutscher Lloyd.

Der Norddeutsche Lloyd wurde am 20. Februar 1857 durch Konrad H. H. Meier gegründet. Am 19. Juni 1858 trat der erste Dampfer des Lloyd, die „Bremen“, ihre erste Reise nach Neuport an. Heute entfallen von der Gesamttonnage von etwa 980 000 Tonnen 95 Prozent auf die beiden Riesendampfer „Europa“ und „Bremen“, die Träger des Blauen Bandes. U. B. 3 Fliegeraufnahme der „Europa“ im Vordergrund und „Bremen“.

Dieburg. (Aufgehobene Falschmünzwerkstätte.) In Dieburg wurden in letzter Zeit falsche 50-Pfennigstücke in Umlauf gebracht. Den Beamten des Landeskriminalpolizeiamts ist es in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie nun gelungen, den Hersteller in der Person des 31-jährigen Hilfsarbeiters Erwin Vogt zu ermitteln. Dieser hatte sich in einem Manjardenzimmer eine vollstündige Werkstatt zur Herstellung von Falschgeld eingerichtet. Bei einer überraschend vorgenommenen Durchsuchung konnte die gesamte Einrichtung, wie Pressen, Prägestöße, Mäße, sowie verschiedene Versuchssaparatte und eine Anzahl fertige Falschgeldstücke aufgefunden und beschlagnahmt werden. Der Täter ist gefänglich; er wurde dem Richter zugeführt. Der Haftbefehl erließ. Ueber den Umfang der Falschgeldherstellung und Verbreitung sind die Ermittlungen noch im Gange.

Offenbach a. M. (Eine Rede des Staatspräsidenten Adenau.) Der hessische Staatspräsident Adenau sprach in einer öffentlichen, von der SPD einberufenen Versammlung in Offenbach im überfüllten Gewerkschaftshaus über das Thema „Der Kampf um die Macht“. Der Kampf in Deutschland, so führte der Staatspräsident aus, geht zurzeit um die Macht. Den Bestrebungen der links- und rechtsradikalen Kräfte auf die Einführung einer Diktatur werde „Die Eisernen Front“ den Kampf für die weitere Beteiligung des Volkes am Staatsleben entgegenzusetzen. Man wolle den inneren und äußeren Frieden, werde aber Gewaltmittel, falls diese von den Radikalen bei der Durchsetzung angewendet werden, die gleichen Gewaltmittel entgegenzusetzen.

Mainz. (Von der Anklage der Verführung freigesprochen.) Ein junger Mann war von der Staatsanwaltschaft angeklagt, ein unbefehltes 15-jähriges Mädchen verführt zu haben. Strafrechtlich qualifiziert sich dieses Delikt, das nur auf Antrag der Eltern verfolgt wird, als Vergehen gegen die Sittlichkeit. In der Hauptverhandlung vor dem Bezirksgericht brachte der Angeklagte den Nachweis, daß die Initiative zu der unter Anklage stehenden Handlung von dem Mädchen ausgegangen sei und daß dieses aus dem betreffenden Gebiet schon Erfahrungen hatte. Das Gericht kam zu einem Freispruch, weil es sich nicht um ein unbefehltes Mädchen handelte.

Friedberg. (Generalversammlung des Milcherzeugerverbandes.) Unter Teilnahme von zahlreichen in der Landwirtschaft führenden Persönlichkeiten fand hier die Generalversammlung des Milcherzeugerverbandes statt. Den Vorsitz führte Landtagsabg. Benschel, der besonders den Vertreter des Ministeriums, Oberregierungsrat Morneweg-Darmstadt, willkommen hieß. Aus den umfangreichen Verhandlungen sei hervorgehoben der ausführliche Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers des Verbandes Reif. Er betonte u. a. die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Milcherzeuger, um dadurch maßgeblichen Einfluss auf die Preisgestaltung am Frankfurter Milchmarkt zu erhalten. Syndikus Dr. Sauer vom Reformbund der Gutshöfe ergänzte die Ausführungen des Geschäftsführers Reif durch einige Mitteilungen über die Vorgänge auf dem Frankfurter Milchmarkt. Er unterzog bei dieser Gelegenheit die Tätigkeit des Frankfurter Preiskommisars einer sachlichen Kritik und bat den anwesenden Vertreter des Staatsministeriums, sich dafür einzusetzen, daß die Befugnisse des Frankfurter Preiskommisars hinsichtlich der Milch eingeschränkt würden.

Um die Fürstenabfindung.

Beschluß des Rechtsausschusses des Reichstags auf bedingte Herabsetzung der Zahlungen.

Berlin, 18. Februar.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch die Abstimmungen über die Anträge zur Neuordnung der Fürstenabfindung vor.

Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge der Linken wurde mit 15 gegen 6 Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landvolks ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die wiederkehrenden Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder standesherrlicher Familien in Anlehnung an die Notverordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können, wenn sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Vergleiche u. v. zu Ungunsten des betreffenden Landes verändert haben. Die endgültige Entscheidung über die Herabsetzung trifft eine aus je einem Vertreter der Reichsministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen bestehende Reichsschiedsstelle, die beim Reichsinnenministerium zu bilden ist.

Todesurteil durch das Reichsgericht bestätigt. Das Schwurgericht in Schwäbisch-Hall hatte den Landwirt und Totengräber Karl Josef Schmitt aus Merentheim wegen Mord zum Tode verurteilt. Dieser Schmitt hatte sein am 24. Juni vorigen Jahres geborenes Kind in einen Wassereimer gesteckt, so daß es erstickte. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht in Leipzig hat nun die Revision des Schmitt verworfen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden.

Opfer des Eises. Das Eis des Starnberger Sees hat ein Menschenleben gefordert. Der 18-jährige, in Bernried beschäftigte Schuhmacher Ludwig Steigenberger von Wessobrunn brach etwa 200 Meter vom Ufer entfernt beim Schlittschuhlaufen im Eise ein. Er konnte zwar nach längeren Bemühungen zweier des Weges kommender Wanderburschen in bewußtlosem Zustand gerettet werden, die langen Wiederbelebungsversuche waren aber ohne Erfolg.

10 lebende Schweine gestohlen. In Wiesborn (Westfalen) wurden einem Landwirt in der Nacht aus dem verschlossenen Stall zehn fette Schweine gestohlen. Die Tiere hatten ein Durchschnittsgewicht von 150 Pfund; sie sind mit einem Lastkraftwagen fortgeschafft worden.

Auto rast gegen einen Baum. Auf der Straße Kleve-Cranenburg ereignete sich ein schweres Autounfall. Ein von Kleve kommender holländischer Personentruck fuhr auf der Straße gegen einen Baum. Der Insasse des Wagens, ein 40-jähriger Bankdirektor aus Hammwegen, wurde aus dem Wagen geschleudert und erlitt schwere Brust- und Kopfverletzungen. Der Schwerverletzte starb kurz nach seiner Einlieferung ins Cranenburger Krankenhaus.

Am das Grab des Sohnes zu schmücken. Auf einem Berliner Postamt gingen in der letzten Zeit wiederholt Briefe verloren, in denen Geld zu vermuten war. Der Verdacht lenkte sich auf den Oberpostkassener Herrmann, der schon 36 Jahre im Dienste war. Mit Hilfe eines fingierten Briefes, in dem man einen gezeichneten 50-Mark-Schein gesteckt hatte, konnte der Täter überführt werden. Herrmann hatte das gestohlene Geld hauptsächlich dazu verwendet, um das Grab seines Sohnes, der vor kurzer Zeit gestorben war, mit kostbaren Blumen zu schmücken.

Freispruch in einem Sensationsprozeß. Vor dem Schwurgericht in Wels (Österreich) ging der Prozeß gegen den Attache der Londoner Gesandtschaft von Guatemala, Manuel Godoy, zu Ende. Er war beschuldigt, am 27. Oktober 1931 in St. Georgen am Attersee seinen Schwager, den Galten seiner Schwester, Max Reinhardt (nicht der bekannte Theaterdirektor), erschossen zu haben. Er war aus Südamerika auf einen Hilferuf der Schwester nach Europa geeilt, hatte ihren Aufenthalt ausgelundschaftet und bald unmittelbar nach seiner Ankunft den Schwager erschossen, weil er annahm, daß dieser einen Anschlag auf das Leben seiner Schwester plante. Die Geschworenen haben ihn einstimmig freigesprochen.

Zuchthaus Darmstadt wird geschlossen. Das große englische Zuchthaus Dartmoor, in dem vor einiger Zeit eine Revolte ausgebrochen war, soll Ende dieses Jahres, da es den modernen Anforderungen nicht mehr entspricht, geschlossen werden. Die Gefangenen sollen in anderen Zuchthäusern untergebracht werden.

Trudchen verlobt sich.

„Unser Trudchen verlobt sich morgen mit Referendar Krüger!“ verkündete stolz Frau Schmidt ihrem alten Freunde, dem Rechtsanwalt Meyer XIII, den sie auf der Straße traf, als sie mit ihrer Tochter noch Spirituosen für die kommende Verlobungsfeier einkaufte. Sie überließ den Ankauf derartiger Dinge nicht dem Herrn Gemahl, dem Mathematikprofessor, da dieser vor dem Kauf allzu gründliche Prüfung der Ware vornahm, dann auf dem Heimweg den inneren Schwerpunkt verlagert fand und der deutlich sichtbaren Notationsbewegung der Erde durch Sinusbogen entgegenzuwirken pflegte. Rechtsanwalt Meyer XIII litt an einem vielen Männern angeborenen Belehrungstrieb.

Aus der Mischung von weiblicher Neugierde und männlichem Belehrungsdrang ergab sich dann folgende Unterhaltung: „Was hat denn juristisch die Verlobung überhaupt zu bedeuten, Herr Rechtsanwalt?“ — „Das Verlöbniß ist ein familienrechtlicher Vertrag, durch den beide Teile sich die Ehe versprechen.“ „Wenn es sich um einen Vertrag handelt, habe ich also Anspruch darauf, daß Fritz mich heiratet!“ — triumphierte Trudchen. Der Rechtsanwalt lachte: „Dah Sie — und zwar glänzend — heiraten, wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen, aber verlangen können Sie das nicht, wie man etwa die Erfüllung eines Darlehensvertrages fordern kann. Früher entstand aus dem Verlöbniß tatsächlich ein flagranten Anspruch auf Eheschließung, der auch durch Vertragsstrafe gesichert werden konnte. Wenn der Bräutigam, vielleicht durch abschreckende Beispiele gewichtig, (Rechtsanwalt Meyer war zum 4. Male verheiratet, jedoch man ihm die Bosheit gnädig verziehe) vor der Ehe zurückschreckte, konnte er sogar zwangsweise verheiratet werden. Wenn das nicht anging, mußte er zahlen oder — sitzen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gibt es aber keine Klage auf Eingehung der Ehe mehr, infolgedessen auch keine Zwangsvollstreckung. Es ist auch nicht einmal möglich, eine „Konventionalstrafe“ für den Fall zu vereinbaren, daß die Eingehung der Ehe unterbleibt.“ — „Wenn aber ein Verlobter ohne Grund vom Verlöbniß zurücktritt, muß er dann nicht wenigstens den Schaden ersetzen, den er dadurch dem anderen Teil zufügt?“ — er lundigte sich vorsichtig Frau Schmidt. „Gewiß, wenn ein Verlobter ohne wichtigen Grund zurücktritt oder dem anderen Teil einen Rücktrittsgrund durch sein Verhalten gibt, hat der andere Verlobte einen Schadenersatzanspruch. Er kann Ersatz des Schadens verlangen, der ihm dadurch entstanden ist, daß er Vorbereitungen für die künftige Ehe traf, z. B. für Miete einer Wohnung, für Aufgabe einer Berufsstellung usw. Der Schadenersatzanspruch besteht nicht, wenn der andere Teil einen wichtigen Grund zum Rücktritt hatte, der nicht unbedingt ein Verschulden darstellt. Auch Arbeitslosigkeit oder Krankheit sind derartige wichtige Gründe. Die Brautgeschenke und die Verlobungsschmuckstücke zurückverlangt werden. Der Verlobte, der wider Treu und Glauben vom Verlöbniß zurücktritt oder dem anderen einen Grund dazu gibt, hat jedoch kein Rückforderungsrecht für Geschenke.“ — „Schön, das danke, Herr Rechtsanwalt. Und das Honorar für die freundliche Auskunft?“ — „Ein großes Stück hoch!“ — „Einverstanden. Vorausgesetzt, Sie ja da allesdings vorerst, daß die Verlobung wirklich zur Ehe führt.“ — Rechtsanwalt Meyer XIII dachte an seine vier erfolgreichen Verlobungen und verächtliche: „Nach meinen Erfahrungen ist das immer der Fall!“

Bekanntmachungen des Stadt Hochheim am Main

Bekanntmachung betr. Abbrennen von Grasflächen

Auf Grund der Reg. Polizeiverordnung vom 26. April 1910 (Reg. A. Bl. 1910 S. 153) wird darauf hingewiesen, daß das Abbrennen von Grasflächen und Rainen nur mit schriftlicher Genehmigung der Ortspolizeibehörde gestattet ist. Das Abbrennen von Hegen, Heidekraut und Ginsterräucher ist in der Zeit vom 1. März bis 31. Juli jedes Jahres verboten, im übrigen aber nur mit schriftlicher Genehmigung der Ortspolizeibehörde gestattet.

Das Abbrennen darf nur unter genauer Beachtung der in der polizeilichen Erlaubnis etwa gegebenen Vorschriften durch Personen im Alter von über 14 Jahren vorgenommen werden. Während des Abbrennens müssen stets mindestens 2 Personen im Alter von über 14 Jahren anwesend sein, die die schriftliche polizeiliche Genehmigung bei sich zu führen haben.

Zwischenhandlungen gegen die Vorschriften werden nach §§ 42, 44 und 46 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 15. Jan. 1926 bestraft.

Hochheim am Main, den 15. Februar 1932

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde: Schloffer

Betr. Bürgersteuer für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer

Nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 der Bürgersteuer-Verordnung ermächtigt sich der Landesrat der Bürgersteuer für Personen die einkommensteuerfrei sind, auf die Hälfte. Hierbei ist jedoch nicht das gegenwärtige, sondern das Einkommen von

1930 maßgebend (§ 5 Abs. 4 der Bürgersteuer-Verordnung). Der Grund für diese Regelung liegt darin, daß die Bürgersteuer von vornherein mit den zutreffenden Beträgen angefordert werden sollte; es sollten damit Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Bürgersteuer zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeschlossen werden und die Arbeitgeber von einer Prüfung und Rechenarbeit über die Höhe der einzubehaltenden Bürgersteuer entlastet werden.

Diese Regelung wirkt sich jetzt infolge der inzwischen eingetretenen außerordentlichen Vermehrung der Kurzarbeit in Verbindung mit den Lohnrückgängen sehr hart aus. Die in den Gärten soll durch eine in Vorbereitung befindliche Zweite Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931 beseitigt werden. Es tritt nunmehr folgende Regelung ein:

Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Hälfte einer Bürgersteuerrate folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht einbehalten ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einzubehaltende Teilbetrag der Bürgersteuer auf die Hälfte. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung in den Fällen, bei denen bereits nur die Hälfte der Bürgersteuer auf der Lohnsteuerkarte 1932 angefordert ist.

Unberührt bleibt die Bestimmung, daß von einer Einbeziehung von Bürgersteuer überhaupt abzusehen ist, wenn der Lohn einschließlich der Sachbezüge (freie Wohnung, Beköstigung usw.) monatlich 42.— RM., wöchentlich 10.— RM. oder täglich 1,70 RM. nicht übersteigt. Weiter bleibt unberührt die Bestimmung, daß der Arbeitnehmer selbst die fälligen Teilbeträge zu entrichten hat, wenn sein Vermögen (Grundvermögen und Betriebsvermögen) 10.000 RM. übersteigt.

Wenn die oben angeführten Voraussetzungen (Lohnsteuerfreiheit am Fälligkeitstage) zutreffen, hat der Arbeitgeber zu prüfen, ob in der Lohnsteuerkarte des Lohnempfängers der volle Satz oder der halbe Satz der Bürgersteuer angefordert ist. Für Hochheim ist der volle Satz bei Ledigen 6.— RM., bei

Verheirateten 9.— RM., der halbe Satz bei Ledigen 3.— bei Verheirateten 4,50 RM. Ist hiernach der halbe Satz angefordert, so verbleibt es bei ihm. Ist dagegen der volle Satz angefordert, und ist der Pächter am Fälligkeitstage fällig werdenden Bürgersteuerbetrages vom Lohn zu halten und an die Stadtkasse abzuführen.

Bei Zweifeln wende man sich mündlich oder schriftlich an die Steuerstelle, die jederzeit Auskunft erteilt.

Hochheim a. M., den 17. Februar 1932.

Der Magistrat: Schloffer

Rundfunk-Programme.

Frankfurt a. M. und Rastatt (Südwestfunk).

Jeden Werktag wiederkehrende Programmnummern: Wettermeldung, anschließend Morgengymnastik I; 6.45 Uhr; 7.15 Wetterbericht, anschließend Frühkonzert; 7.55, 12, 12.40, 13.50, 15.05, 17, 18.30, 19.30 Nachrichten, Zeit, Wetter; 12.05 Konzert; 12.55 Neuerungen; 13.05 Mittagskonzert; 14. Werbekonzert; 14.45 Uhr Wetterbericht; 17.05 Konzert.

Donnerstag, 18. Februar: 9 Schulfunk; 15.30 Uhr; 18.40 Filmstunde; 19.05 Musikalität und Quelle; 19.45 Konzert; 21. Vorträge; 21.30 Kammermusik; 22.15 Nachrichten; 22.35 Junge Generation; 23.15 Tanzmusik.

Freitag, 19. Februar: 18.40 Berufsbildlicher Vortrag; 19.35 Vorträge; 20.05 Symphoniekonzert; 21.30 Flug um die Welt; 22.30 Nachrichten; 22.50 Tanzmusik.

Samstag, 20. Februar: 10.20 Schulfunk; 15.15 Uhr; 16.20 Nachmittagskonzert; 18.35 Rundfunkgemeinden, Gespräch; 19.05 Spanischer Sprachunterricht; 19.35 Jugendbühne im Arbeitsdienst; 20.05 Konzert; 22.40 Tanzmusik.

Aufruf!

Kommenden Sonntag, den 21. Febr. 1932 findet der

Volkstrauertag

für die Gefallenen und Verstorbenen des Weltkrieges statt. Die Trauerfeier wird um 11.45 Uhr auf dem Friedhofe abgehalten.

Die Vereine sammeln sich in der Kirchstraße und marschieren um 11.30 Uhr geschlossen nach dem Ehrenfriedhof. Die Einwohnerschaft Hochheims laden wir hierzu ergebenst ein.

Die Hochheimer Vereine

Für Erstkommunikanten

empfehle ich:

Kerzenranken mit Schleifen, Kopfkränzen, Kerzentüchern, Ankersträußen, Rosenkränze u. Kommunion-Andenken. Die neuen Gesangbücher erscheinen Anfangs März

Josef Treber, Küster

Miele



das Fahrrad, von dem man spricht und das man kauft, weil seine Qualität höher ist als sein Preis. Miele-Melior wird zum Beispiel schon für den erstaunlich niedrigen Preis von RM 75.- geliefert.

Mielewerke AG, Gütersloh/Westf.
Über 2000 Werksangehörige
Zu haben in den Fahrradhandlungen

Schreibmaschinen-Arbeiten

werden exakt und sauber ausgeführt.
Flörsheim am Main, Karthäuserstraße 6

Union-Theater, Hochheim am Main

von Freitag, den 19. Februar bis Sonntag, den 21. Februar 8.30 Uhr

Die bekannte und erfolgreiche Ton-Filmoperette

„VIKTORIA UND IHR HUSAR“

Sonntag 3 Uhr Kinder- und Jugend-Vorstellung

Birka 600 Zentner

Dickwurz

zu verkaufen. S. Siegfried, Bauerngasse 2

Moderner weißer

Kinderwagen

zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle, Massenheimerstraße 25

Zwangs-Versteigerung

Am Freitag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, versteigere ich

ca. 3200 Liter Apfelwein

öffentlich, zwangsweise, meistbietend gegen Barzahlung.

Zusammenkunft am Bahnhof.

Beck, Obergerichtsnotarischer

Hochheim a. M.

Viel Freude

und geistige Anregung in jedes Haus bringen

Delhagen & Klasings Monatshefte

Monatlich nur 2.10 RM.

In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Delhagen & Klasings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift veröffentlicht als erste die neuen Werke unserer großen Dichter. Sie bringt in fesselnder und allgemein verständlicher Form die Forschungen unserer bedeutenden Gelehrten vor eine große Leserschaft. Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters, des Kunstgewerbes. Sie pflegt mit ihren weltberühmten farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.

Der Verlag Delhagen & Klasings, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst RM. 2.10) als Probeheft.

Herunter mit dem Preis. Hier der Beweis:

Romadour-Käse 25 (30%) 195 - 200 gr. Stück

Fleischsülze 35 Pfund

Preise nur gültig bis einschl. 20. Februar

Sauerkraut 2 Pfund 25

Mischobst Pfund 65 und 45

Eierbandnudeln 42 Pfund 50 und

Pflaumen 22 Pfund 38 u.

Dampfpfäfel 65 Pfund

Linsen 16 Pfund 48, 30 u.

Blutwurst Pfund 50, 1/4 Pfund 13

Leberwurst Pfund 50, 1/4 Pfund 13

Schinken la. gekochter Pfund 1.30 Mk. 1/4 Pfund 33

Eier frische, große 10 Stück 78

Verlangen Sie Rabattmarken!

Latscha

Latscha liefert Lebensmittel

Der Wieder... es am nächsten... hster poli... ende Präsi... en politischen... tionspartei... e bekanntlich im... ch die Kommun... en, um der Regi... n. Man muß... n Opposition gr... egen, ist es noch... eine Ablehnu... mlich auch in... rning bisher u... n — durch Sti... lfe Wählstimme... ffe richten die... e Staatspartei... uf diese Unstimm... eichtskabinetts.

Bei dieser Sa... ehalten im Reich... ahen den Aufste... mwohl. Selbst... aften und vor a... santräge gegen... in für die Präsi...

Wie der Hind... kande bayerisch... Reichspräsidenten... erichtet: Freibe... eite Albert von... nd der Führer...

Die Bayer... ffiziellen Ausru... eist darin zum... In seinem... Deutschland ge... n seinen Ständer... alt Hindenburg... ur dem einen Z... on aller Bedrück...

Das Reich... rdnung zur... rdnung bei... nd über das S... Der Reichspr... unterzeichnet. E... ungen des drit... . Dezember und... ember 1931.

Gegen... Die starken Z... mlich mitgeteil... arauf zurückzuf... er bisherigen... lucht Reichsn... aben und daß... on inländischen... hränkungen zu... m Inland getät... Beträge sind en... der unter Ber... reie Konten bei... olgedessen hat d... Zustand eine a... rregierung hält e... rforderlich, die... ntreten.

Die loeben... ar Deslensverco... wten, die aus d... indische Kredit... pperkonfo gu... Anzahlungen o... anderkonten ge... Eine Verfügung... lasset werden... lagezahlten Be... ehmigung der... usgehandelt w... n Reichsmarkna... ort zugefandt...